



Bürgerkultur und Bürgerlichkeit im 20. Jahrhundert. Hamburg: Forschungsprojekt zur Geschichte des Hamburger Stiftungswesens/Universität Frankfurt am Main; ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius/Hamburg, 19.05.2005-21.05.2005.

Reviewed by Christine Bach

Published on H-Soz-u-Kult (June, 2005)

Bürgerkultur und Bürgerlichkeit im 20. Jahrhundert

Parallel zum Wiederaufleben des BÄrgerbegriffs in Debatten um die "Zivil"- oder "BÄrgergesellschaft" fragt auch die Geschichtswissenschaft zunehmend nach dem Verbleib des BÄrgertums und der Relevanz von "BÄrgerlichkeit" im 20. Jahrhundert. Dabei lässt sich ein deutlicher Perspektivenwechsel ausmachen: WÄhrend bis zur Mitte der 1990er Jahre die noch auf die zeitgenÄssischen Soziologie des beginnenden 20. Jh. zurückgehende Vorstellung vom Verfall bÄrgerlicher Lebensformen und der "AuflÄsung des BÄrgertums" seit dem spÄten 19. Jh. die Sichtweise der Historiographie in Deutschland bestimmte, nehmen neuere Arbeiten vor allem die KontinuitÄtslinien von "BÄrgerlichkeit" im 20. Jh. in den Blick. Vgl. zuletzt Manfred Hettling/Bernd Ulrich (Hrsg.), BÄrgertum nach 1945. Hamburg 2005. Zum Forschungsstand vgl. Andreas Schulz, Lebenswelt und Kultur des BÄrgertums im 19. und 20. Jahrhundert. MÄnchen 2005. Den Beginn dieses Wandels markierte ein programmatischer Aufsatz von Klaus Tenfelde, auf dessen Kernthesen der Autor kÄrzlich in einem Äffentlichen Abendvortrag zum Auftakt einer Hamburger Tagung mit dem Thema "BÄrgerkultur und BÄrgerlichkeit im 20. Jahrhundert" rekurrierte. Vgl. Klaus Tenfelde, Stadt und BÄrgertum im 20. Jahrhundert, in: Klaus Tenfelde/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Wege zur Geschichte des BÄrgertums. GÄttingen 1994, S.Ä. 317-353. Veranstaltet wurde die Tagung von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius/ Hamburg und einem an der UniversitÄt Frankfurt am Main angesiedelten Forschungsprojekt zur neuzeitlichen Geschich-

te von Stiftern und Stiftungen in Hamburg. Ziel der Tagung war es, erste Arbeitsergebnisse des Projektes im Rahmen allgemeiner Fragestellungen zur Bedeutung bÄrgerlicher Werte und Institutionen im 20. Jahrhundert vorzustellen.

Projektleiter Andreas Schulz (Frankfurt am Main) verwies in einem einfÄhrenden Referat auf die Grundlagen des Zivilgesellschaftsbegriffs, dessen normative SinnbezÄge an die historischen Vorstellungen und Praktiken der "BÄrgergesellschaft" des 19. Jahrhunderts erinnerten. Auch im 20. Jahrhundert blieben, so die Ausgangsthese der Tagung, Äber die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen UmbrÄche hinweg, bÄrgerliche Lebensformen, Institutionen der bÄrgerlichen Kultur und Vorstellungen von BÄrgerlichkeit identifizierbar. Von "Niedergang" oder "AuflÄsung" des BÄrgertums mochte anschlieÄend dann auch keiner der Referenten sprechen, einige beriefen sich explizit auf Tenfeldes Gegenentwurf eines "Formwandels" des BÄrgertums im 20. Jahrhundert. Die BeitrÄge in den Sektionen "MentalitÄten und Werte", "Lebensformen und Selbstbilder", "BÄrgerliche Handlungsfelder" und "BÄrgerliche Stiftungen und Zivilgesellschaft" zeichneten insgesamt ein differenziertes Bild bÄrgerlicher IdentitÄt und bÄrgerlicher Praxis im 20. Jahrhundert, die keine Aussagen Äber lineare Niedergangsprozesse, jedoch auch nicht hinsichtlich einer "Renaissance des BÄrgertums" nach 1945 zulassen.

Die jeweils zeitgenÄssische Behauptung von einer

Krise bÄ¼rgerlicher IdentitÄ¤t und Kultur lÄ¤sst sich dabei, so der Hinweis von Axel Schildt/Hamburg in einem Diskussionsbeitrag zu Martin H. Geyers (MÄ¼nchen) Referat Ä¼ber "BÄ¼rgerliche Krisensemantik in der Zeit der Weimarer Republik", als ein "Moment der KontinuitÄ¤t" zwischen Weimar und den 50er Jahren interpretieren. Im Mittelpunkt von Geyers Darstellung stand die zunehmende Ausdifferenzierung bÄ¼rgerlicher Teilgruppen in den zwanziger Jahren, die von den Zeitgenossen als negativ wahrgenommen wurde. "BÄ¼rgertum" und "BÄ¼rgerlichkeit" erschienen angesichts dieser Entwicklung als Kategorien der Vergangenheit, durch das BeschwÄ¶ren der Krise wurde die fehlende Einheit jedoch quasi diskursiv Ä¼berwunden und neu hergestellt. BÄ¼rgerliche Krisenerfahrungen waren auch das Thema von Karl Christian FÄ¼hrer (Hamburg). FÄ¼hrer kennzeichnete die zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts als Hochzeit eines (bildungsbÄ¼rgerlichen) idealistischen Kulturverständnisses, das auf dem Glauben basierte, Kunst kÄ¶nne alle Wunden der Zeit heilen und damit auch den nationalen Wiederaufstieg Deutschlands ermöglichen. Entgegen gelÄ¤ufiger Darstellungen der Weimarer Zeit als Epoche eines avantgardistischen Aufbruchs im Bereich der Kunst, hob FÄ¼hrer am Beispiel des Theaters inhaltliche KontinuitÄ¤ten zum Kaiserreich hervor.

Mit Blick auf bÄ¼rgerliche Institutionen und konkrete Handlungsfelder des BÄ¼rgertums in der Stadt untersuchten Frank Boesch (Bochum) und Michael Werner (Dresden) die Bedeutung der politischen ZÄ¤suren in der ersten HÄ¤lfte des 20. Jahrhunderts. WÄ¤hrend der zwanziger Jahre, das wurde in beiden Vorträgen deutlich, entwickelten bÄ¼rgerliche Gruppen gerade im lokalen Raum vielfältige Strategien zur Bewältigung der Krise, die letztlich auf eine Äberwindung der Zersplitterung zielten. Anzeichen dafür waren, so schilderte es Werner in seinem Referat Ä¼ber "Hamburger Stiftungen und MÄ¤zene von der Jahrhundertwende bis zum Nationalsozialismus" die Ä¼berwiegende Widmung von sozialen Stiftungen durch bÄ¼rgerliche Stifter an den "verarmten Mittelstand". Der steigende Anteil von Familienstiftungen zum Zweck der materiellen Absicherung der Nachkommen spricht zudem fÄ¼r das Vertrauen, das man weiterhin diesem klassischen bÄ¼rgerlichen Instrument entgegenbrachte. Im Bereich der Stiftungen Ä¼berwogen damit, so das Fazit Werners, noch wÄ¤hrend der zwanziger Jahre die KontinuitÄ¤ten zum Kaiserreich. Nach 1933 Änderte sich dies durch die massiven Eingriffe der NS-Politik, nicht zuletzt durch die AuflÄ¶sung jÄ¼discher Stiftungen. Gleichwohl be-

mÄ¼hten sich nun die Funktionäre des NS-Staats um Anerkennung durch eigene stifterische Aktivitäten. Ob die NS-Zeit jedoch auch langfristig einen gravierenden Einschnitt hinsichtlich der personellen KontinuitÄ¤t in den Stiftungsvorständen bedeutete, lÄ¤sst sich beim gegenwärtigen Forschungsstand, darauf verwies Frank Hatje (Hamburg), nicht abschÄ¤tzen.

Auch Boesch ging in seinem Vortrag Ä¼ber stÄ¤dtische Honoratiorenpolitik im 20. Jahrhundert auf die Verunsicherung des BÄ¼rgertums nach 1918 ein. Die Abschaffung des Drei-Klassenwahlrechts sei jedoch zumindest in den protestantisch-lÄ¶ndlichen Regionen, die im Zentrum von Boeschs Darstellung standen, nicht mit einem absoluten Verlust bÄ¼rgerlicher Handlungsspielräume gleichzusetzen. Als Beleg fÄ¼r eine Erneuerung bÄ¼rgerlicher Vergemeinschaftungsprozesse und damit fÄ¼r eine "Transformation und Reorganisation des BÄ¼rgertums" in den zwanziger Jahren wertete Boesch die Praxis des Zusammenschlusses bÄ¼rgerlicher Gruppen zu antisozialistischen "BÄ¼rgerbÄ¼nden" oder bÄ¼rgerlichen Einheitslisten in den Kommunalparlamenten. Antimarxistische, mittelständische BÄ¼ndnisse konnten sich dann erneut nach NS- und Besatzungszeit in den protestantischen Provinzvorständen Niedersachsens etablieren, erst in den 60er Jahren, so Boesch, kam es zu einem offensichtlichen Wechsel der kulturellen, politischen und sozialen Formationen in den Kommunen.

Boeschs Vortrag provozierte die Frage nach der Vergleichbarkeit seiner Untersuchungsergebnisse Ä¼ber die kleinstÄ¤dtische, protestantische Provinz mit katholischen Regionen oder der modernen Großstadt. Der bisherige Forschungsstand lege es zumindest nahe, so lautete auch das Fazit von Thomas GroÄlting (MÄ¼nster), von einer "relativen KontinuitÄ¤t von BÄ¼rgertum und BÄ¼rgerlichkeit in den fÄ¼nfziger Jahren" zu sprechen. Doch jenseits der lokalen Handlungsfelder bÄ¼rgerlicher Gruppen, dies zeigten die Tagungsbeiträge, die sich mit allgemeineren Tendenzen der (bundes)deutschen Entwicklung befassten, etablierten sich zur gleichen Zeit moderne Verhaltensweisen, die längerfristig einen Verlust traditioneller Formen von BÄ¼rgerlichkeit bewirkten.

Vor allem im Bereich der Lebensformen, so lÄ¤sst sich das Ergebnis der Vorträge von Merith Niehuss (MÄ¼nchen), Axel Schildt (Hamburg) und Adelheid von Saldern (Hannover) zusammenfassen, vollzog sich im Laufe des 20. Jahrhunderts eine weitgehende Angleichung, aber auch eine Verbreiterung von Distinktions-

möglichkeiten. Wohnsituation und die Übernahme des Modells der Hausfrauenehe, so Niehuss in ihrem Referat über die Lebensentwürfe bürgerlicher Familien, trugen im Gegensatz zur Weimarer Zeit nach 1945 wesentlich zur Egalisierung und Verwischung von Schichtenstrukturen bei. Gleichzeitig übernahm die staatliche Sozialpolitik das traditionelle, bürgerliche Familienmodell mit seiner eindeutigen Rollenzuweisung an Frauen und Männer, bestimmd führer den Status von Familien blieb so der Beruf des männlichen Familienvorstands. Dies deute auf ein "Verharren der Gesellschaftsstrukturen in den Traditionen des Kaiserreichs und der Republik" hin. Das die Sehnsucht nach vertrauten Ordnungsmustern zumindest in den 50er Jahren sich auch als Reaktion auf die chaotischen Verhältnisse in der "Zusammenbruchsgesellschaft" verstehen lässt, darauf verwies Schildt in seinem Vortrag über die "Freizeit- und Konsumkultur in der frühen Bundesrepublik". "Normalisierung" bedeutete während dieser Zeit vor allem die Rückgewinnung privater Häuslichkeit, Konsumwünsche bezogen sich deshalb vorwiegend auf den Wohnbereich. Der Anstieg der Konsummöglichkeiten in der frühen Bundesrepublik, wachsender Komfort und die zunehmende Modernisierung der Haushalte, befürderten noch zusätzlich die Tendenz zum Rückzug ins Private. "Verwestlichung" des Lebensstils und die von linken Intellektuellen beklagte "Restauration" der gesellschaftlichen Ordnung bildeten insofern nur zwei Seiten der gleichen Medaille.

Konkretisiert wurden Schildts Hinweise zur Konsumkultur in Adelheid von Salderns Referat über bürgerliche Repräsentationsästhetik in Haus und Heim. Von Saldern wagte als einzige eine Gesamtschau auf das 20. Jahrhundert "aus der Vogelperspektive". In Anlehnung an die soziologische Modellbildung kennzeichnete sie das 20. Jahrhundert als "historische Statuspassage", an deren Anfang noch eine klassenbezogene Kultur der Bürgerlichkeit existierte. Bereits seit dem Beginn der klassischen Moderne erweiterten sich jedoch die Möglichkeiten kultureller Distinktion durch die Zunahme der Auswahlmöglichkeiten. Die Diffusion der einstigen relativen Einheitlichkeit bürgerlicher Wohnkultur führte im letzten Drittel des Jahrhunderts

dann zu einer Ausdifferenzierung in unterschiedliche Lebensstil-Milieus, die sich nicht mehr ohne weiteres bestimmten Sozialschichten oder Berufsgruppen zuordnen ließen.

Am Ende der Tagung musste die Frage unbeantwortet bleiben, ob nun der Verlust der Exklusivität bürgerlicher Lebensformen letztendlich für einen Bedeutungsverlust des kulturellen Ordnungsmusters "Bürgerlichkeit" im 20. Jahrhundert spricht. Lassen sich nicht vielmehr die Hebung des allgemeinen Wohlstands niveaus und die stetige Verfeinerung der "feinen Unterschiede" mit den Möglichkeiten des Massenkonsums als "Verbürgerlichung" breiter Bevölkerungsschichten interpretieren? Mit Blick auf den Zivilgesellschaftsbegriff wird es zudem wichtig sein, in Zukunft stärker eine andere Traditionslinie von "Bürgerlichkeit" in den Blick zu nehmen, die Tradition des "politischen Bürgers". Eckart Conze (Marburg) und Thomas Großkötting wiesen in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der scheinbar antibürgerlichen 68er Protestbewegung hin. Mehrfach wurde während der Tagung der Charakter der 60er Jahre als Umbruchszeit beschworen, ohne dass es gelang, dies genauer auf den Begriff zu bringen. Die Diskussion um diesen Punkt endete zumeist mit dem Hinweis auf die bisher unzureichende Forschungslage. Cornelia Rauh-Kähne (Hannover) kritisierte außerdem zu Recht, dass substantielle Aussagen über bürgerliche Kultur und "Bürgerlichkeit" im 20. Jahrhundert nur unter Berücksichtigung des Themas Bildung möglich seien. Weitere empirische Studien sind hier gefragt. Zur Beantwortung der Frage nach dem Verhältnis von "Verbürgerlichung" und dem Verlust von "Bürgerlichkeit" im 20. Jahrhundert wird es aber vor allem darauf ankommen, dass die Bürgerstumsforschung die analytischen Konzepte, die sie für die Geschichte 19. Jahrhunderts entwickelt hat, mit Blick auf die veränderten Verhältnisse im 20. Jahrhundert überdenkt und neu bestimmt. Möglicherweise gelingt es dann auch, den Verlust von Exklusivität und die gleichzeitige Ausweitung bestimmter Formen von "Bürgerlichkeit" nicht mehr als Widerspruch aufzufassen.

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Christine Bach. Review of , *Bürgerkultur und Bürgerlichkeit im 20. Jahrhundert*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. June, 2005.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=27983>

Copyright © 2005 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.